



K u r z b e r i c h t

über die

*83. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 19. November 2008,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums zum **BKA-Gesetz, zum weiteren Vorgehen**, und einen Bericht des Justizministers zum aktuellen Sachstand des Projektes „**Justiz 2010**“ entgegen. Hieran schloss sich jeweils eine Aussprache an.

Anschließend führte er eine mündliche Anhörung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung**, Drucksache 16/1893, mit Vertretern der GMSH durch.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/1675, und zur **Petition L143-16/1158, Upahl**, Umdruck 16/3156, vertagte er auf seine Sitzung am 26. November 2008.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung **Landes-Immissionsschutzgesetz**, Drucksache 16/2115, schloss er sich mit dem gleichen Stimmverhältnis der Empfehlung des federführenden

Umwelt- und Agrarausschusses an, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in der durch den Änderungsantrag Umdruck 16/3616 geänderten Fassung zu empfehlen.

Auch zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Überleitung des Bundesbesoldungsgesetzes, des Beamtenversorgungsgesetzes und ergänzender Vorschriften sowie Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**, Drucksache 16/2247, schloss er sich mit dem gleichen Stimmverhältnis der Empfehlung des federführenden Finanzausschusses an, dem Landtag die unveränderte Annahme zu empfehlen. In diesem Zusammenhang nahm er den nicht öffentlichen Umdruck 16/3567 zu Kenntnis.

In einem nicht öffentlichen Sitzungsteil beschäftigte er sich abschließend mit der **Petition L143-16/1180, Tarp**, Umdruck 16/3620.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Umsetzung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes und zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle**, Drucksache 16/2135, vertagte er auf seine Sitzung am 3. Dezember 2008.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Neuregelung des Beamtenrechts in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2306, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb einer Woche zu benennen. Die Anhörungsergebnisse sollen dann in die gemeinsame Beratung mit den Gesetzentwürfen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des **Landesbeamtengesetzes**, Drucksache 16/1420, und zum Antrag der Fraktion der FDP, **Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen**, Drucksache 16/1887, einbezogen werden.

Außerdem beschloss der Ausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des **Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes**, Drucksache 16/2302, in das geplante Anhörungsverfahren zum **Landesentwicklungsplan** Anfang des Jahres 2009 einzubeziehen.

Er legte außerdem fest, auf seiner nächsten Sitzung, am 26. November 2008, nach Vorlage entsprechender Themenschwerpunkte durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zum Bericht der Landesregierung zum **Schleswig-Holsteinischen Integrationskonzept und zum nationalen Integrationsplan**, Drucksache 16/2188, zu beraten.

Schluss: 15:10 Uhr

gez. Dörte Schönfelder